

**Kleine Anfrage
für die Fragestunde**

Hannover, den 07.05.2024

Fraktion der AfD

„Muslim Interaktiv“ auf dem Vormarsch: Was unternimmt die Landesregierung, um eine islamische Radikalisierung in Deutschland und Niedersachsen zu verhindern?

Am 27. April 2024 fand in Hamburg eine Demonstration mit mehr als 1 000 Anhängern der Gruppierung „Muslim Interaktiv“ statt. Auf mitgeführten Plakaten war unter anderem „Kalifat ist die Lösung“ zu lesen. Mit auf der Demonstration skandierten Forderungen wie „Stürzt die Wertediktatur!“ wurde die freiheitlich-demokratische Grundordnung offen infrage gestellt. Die Gruppierung wird vom Hamburger Verfassungsschutz als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft. In sozialen Medien verbreitet die Gruppierung unter anderem israelfeindliche Inhalte der bereits im Jahr 2003 mit einem Betätigungsverbot belegten islamistischen Bewegung Hizb ut-Tahrir (HuT).

Um ihre Propaganda einer angeblich von der Auslöschung bedrohten kulturellen Identität von Muslimen in Deutschland und Europa zu verbreiten, nutzt die Gruppierung den öffentlichen Raum und insbesondere soziale Medien. Reden auf Demonstrationen der Gruppierung werden zum Teil direkt auf ihren Kanälen in den sozialen Medien übertragen, womit gezielt junge Menschen muslimischen Glaubens angesprochen werden. Dies birgt Beobachtern zufolge die Gefahr ihrer Radikalisierung.

Bereits im vergangenen Jahr, als in Essen durch Demonstranten ein Kalifat gefordert worden war, hatte Nordrhein-Westfalens Innenminister Reul Bundesinnenministerin Faeser aufgefordert, ein Verbot von „Muslim Interaktiv“ zu prüfen. Nach der Demonstration in Hamburg forderte Bundesinnenministerin Faeser eine Intensivierung von Abschiebungen nicht deutscher Extremisten.

1. Sind der Landesregierung Aktivitäten der islamistischen Gruppierung „Muslim Interaktiv“ in Niedersachsen bekannt, und wie wurde auf diese Aktivitäten gegebenenfalls reagiert?
2. Unterstützt die Landesregierung Forderungen unter anderem des nordrhein-westfälischen Innenministers und aus der hamburgischen Landespolitik nach der Prüfung eines Verbots dieser und etwaiger weiterer Gruppierungen, die inhaltlich der islamistischen HuT nahestehen?
3. Kommt die Landesregierung der Aufforderung von Bundesinnenministerin Faeser nach und intensiviert die Abschiebebemühungen über ihre bisherigen Bemühungen hinaus?

Jens-Christoph Brockmann

Parlamentarischer Geschäftsführer